

Polizeichef wegen Drogen suspendiert

Der Chef einer Anti-Drogen-Einheit in Kambodscha ist vom Dienst suspendiert worden, nachdem 8.000 Metaamphetamin-Tabletten mit einem Marktwert von rund 100.000 US-Dollar in seinem Besitz gefunden wurden. Der Leiter der Anti-Drogen-Einheit in Phnom Penh, Touch Muysor, war zunächst von kambodschanischen Behörden und der amerikanischen Bundespolizei FBI verhört worden. Einen Tag später waren die Drogen bei einer Durchsuchung seines Hauses

gefunden worden. Touch Muysor ist von seinen Pflichten als Leiter der Anti-Drogen-Einheit entbunden worden, arbeitet jedoch als normaler regulärer Polizist weiter, sagte der Sprecher der kambodschanischen Bundespolizei, Kirt Chantharith. »Diese Vorgehensweise ist in so einem Fall normal und entspricht den Gesetzen unseres Landes«, fügte er hinzu.

vgl. : Phnom Penh Post, 15.10.2009

Schienenreparatur im Zeitplan

Die Reparaturarbeiten an Kambodschas zerstörtem Schienennetz liegen im Zeitplan. Eine Einbindung Kambodschas in das geplante Trans-Asien-Schienennetz werde aber noch Jahre dauern. Das sagte der zuständige Direktor bei der kambodschanischen Eisenbahngesellschaft, Sok Naty. Die Verbindung zwischen Phnom Penh und der Hafenstadt Sihanoukville werde nächstes Jahr fertig gestellt. 2012/13 solle auch die Strecke von Phnom Penh in die nördliche Grenzstadt Poipet fertig sein, sagte Sok Naty. Für die 255 Kilometer lange Strecke zwischen der kambodschanischen Hauptstadt und der vietnamesischen Grenze müsse die chinesische Baufirma jedoch noch die Machbarkeitsstudie vorlegen. Diese Steckte ist das fehlende Verbindungsstück der so genannten Trans-Asien-Bahn, die nach Vollendung 28 Staaten in Europa und Asien verbinden soll.

»Wir hoffen, dass die Chinesen die

Studie im nächsten Jahr vorlegen können, so dass wir dann in die Planungen einsteigen können«, sagte Sok Naty. Eine bereits veröffentlichte technische Studie sieht für das Projekt schon finanzielle Probleme bei den Kosten für eine 1.000 Meter lange Brücke über den Mekong und eine weitere 1.500 Meter lange Brücke über den Tonle Sap. Die Brücken alleine sollen rund 262 Millionen US-Dollar kosten. Die Strecken nach Sihanoukville und Poipet werden von internationalen Geldgebern finanziert. Darunter sind die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), die OPEC und die Regierungen von Australien und Malaysia. Nach dem Abschluss der Reparaturarbeiten sollen zunächst nur Güterzüge auf den Strecken fahren. Um auch einen Passagierbetrieb zu beginnen, müsse man mit ganz anderen Firmen zusammenarbeiten, sagte Sok Naty.

vgl. : Phnom Penh Post, 16.10.2009

Demonstrationsrecht sorgt für Kritik

Die kambodschanische Nationalversammlung hat einen Gesetzesvorschlag zu einem neuen Demonstrationsrecht diskutiert, der von Kritikern als weitere Einschränkung der Bürgerrechte angesehen wird. Dennoch sagte Khuon Sodary, Abgeordneter der *Cambodian People's Party* (CPP) und Vorsitzender der Menschenrechtskommission in der Nationalversammlung, das neue Gesetz könne Gewalt verhindern. Der Entwurf erneuert das bestehende Gesetz aus dem Jahr 1991, das nach Meinung der Versammlungsmitglieder nicht mehr ausreicht, um das aktuelle demokratische Klima in Kambodscha zu bewältigen. »Das Gesetz ist für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sehr wichtig«, so Khuon Sodary. »Es zeigt den Willen zu Demonstrationen gegen Missstände. Aber es will nicht, dass Proteste mit Waffen und Gewalt ausgetragen werden.« Gegner des Gesetzesentwurfes kritisieren, dass Schlagworte wie »nationale und öffentliche Sicherheit« oder »öffentliche Moral« nicht ausreichend definiert sind. Diese Begriffe dienen den Behörden bereits heute dazu, immer wieder Demonstrationen zu verbieten. »Wir werden den Gesetzesvorschlag erst unterstützen, wenn die Definitionen geklärt sind«, sagte Yim Sovann, Sprecher der oppositionellen *Saim Rainsy Partey* (SRP). Der Präsident der *Human Rights Party* (HRP), Kem Sokha, meinte, mit dem Gesetz würden die Behörden Demonstrationen genauso verbieten, wie in der Vergangenheit. »Wir verlangen, dass die Nationalversammlung die Beschränkung der Zahl von Demonstrationsteilnehmern aus dem Gesetz nimmt. Es wäre nicht gut, wenn die Teilnehmerzahl bei Demonstrationen beschränkt wäre«, forderte der Direktor der Bürgerrechtsgruppe Adhoc, Thun Saray.

vgl. : VOA, 14.10.2009

nachrichten

Arbeitsmarkt für junge Leute problematisch

Junge Kambodschaner haben zunehmend Schwierigkeiten auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Das geht aus einem neuen Bericht der UNO hervor. »Kambodscha hat viele junge und flexible Arbeitskräfte. Aber vielen mangelt es an Fähigkeiten und Ausbildung, um ihr ganzes Potential ausschöpfen zu können«, sagte Douglas Broderick, UNO-Koordinator in Kambodscha. Junge Leute im Alter von 10 bis 24 Jahren machen rund 34,7 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung aus. Jedes Jahr verlassen rund 300.000 von ihnen die Schule, um nach Arbeit zu suchen. Die Wachstumsbranchen der kambodschanischen Wirtschaft, Textilindustrie, Tourismus und Bauindustrie können in den kommenden Jahren nicht mehr so viele Arbeitskräfte aufnehmen wie bisher. Deshalb müsse Kambodscha mehr Arbeitskräfte für die Landwirtschaft ausbilden, so ein Fazit des UNO-Berichtes. Damit würden sie auch die Möglichkeit erhalten, auf dem Land eine Arbeit zu finden und müssten nicht mehr in die Städte abwandern. Die kambodschanische Regierung versucht mit Ausbildungsprogrammen auf die Situation zu reagieren. Derzeit werden in Regierungsprogrammen rund 30.000 junge Leute in landwirtschaftlichen Berufen ausgebildet. Diese Initiativen seien wichtig, damit Kambodscha auf zukünftige Herausforderungen des Arbeitsmarktes gut vorbereitet sei, sagte Broderick. »Die Einführung von Programmen, in denen junge Leute berufsrelevante Fähigkeiten entwickeln können, also Praxiskurse in den Schulen, Lehren und Praktika sind sehr wichtig«, sagte er.

vgl. : Phnom Penh Post, 23.10.2009

Nach Häusern auch Wahlrecht weg

Tausende Kambodschaner, die in den letzten Jahren aus illegalen Siedlungen im ganzen Land vertrieben wurden, haben nicht nur ihre Bleibe verloren. Wie die Nationale Wahlkommission (NEC) jetzt zugegeben hat, seien auch viele der Bewohner dieser Siedlungen von den Wahllisten des Landes gestrichen worden. Die NEC hatte bereits zugegeben, dass 33.144 Personen aus den Wahlregistern entfernt worden seien. Viele Vertriebene könnten nun nicht mehr neu in die Listen aufgenommen werden, weil sie sich nicht ordentlich ausweisen oder keinen ordentlichen Wohnsitz nachweisen vorweisen können, teilte die NEC mit. »Einige der Ausgewiesenen haben keinen legalen Wohnsitz in den Ausweichquartieren«, sagte der Generalsekretär der NEC, Tep Nytha. Wenn die Vertriebenen sich für zukünftige Wahlen registrieren lassen wollten, müssten sie sich zunächst bei ihrer Gemeindeverwaltung melden und dort Ausweispapiere beantragen, fügte er

hinzu. Hilfsorganisationen hatten das Verhalten der NEC als skandalös bezeichnet. Die NEC könne nicht mehr sicherstellen, dass in Kambodscha gültige Wahlen durchgeführt werden, so der Vorwurf. »Die kommenden Kommunalwahlen 2012 können nicht fair verlaufen, wenn die Vertriebenen nicht zur Urne gehen können«, erklärte Koul Panha vom Komitee für Freie und Faire Wahlen in Kambodscha (Comfrel). Er forderte die NEC auf, sich bei der Regierung für die Betroffenen einzusetzen und dafür zu sorgen, dass sie neue Ausweise bekommen könnten. Viele hatten ihre Papiere während der chaotischen Zerstörung ihrer Hütten durch die Regierung verloren. Nach Untersuchungen von Comfrel ist allein in der Hauptstadt Phnom Penh mehreren tausend Betroffenen die Neuregistrierung in den Wahllisten verweigert worden. »Wir glauben aber, dass es noch viel, viel mehr sind«, sagte Koul Panha.

vgl. : Phnom Penh Post, 15.10.2009

Giftunfall: Tests weiter unter Verschluss

Nachdem giftige Abwässer aus einer Biotreibstofffabrik vor drei Monaten rund 57 Tonnen Fisch in der Provinz Kandal getötet haben, warten die Fischer immer noch auf die Ergebnisse der staatlichen Untersuchung. »Wir befürchten, dass noch Gifte im Fluss sind, die unsere Gesundheit gefährden«, sagte Bürgermeister Chao Bun Thong aus dem Dorf Duong. Seitdem Unfall haben die Fischer kein Einkommen mehr, doch die Regierung weigert sich bislang, die Testergebnisse zu veröffentlichen. Die Dorfbewohner hätten Hautausschläge und Juckreiz nach Kontakt mit dem Wasser bekommen, fügt er hinzu. Sprecher und Mitarbeiter der zuständigen Behörden in Phnom Penh weisen seit Wochen jede Zuständigkeit für die Untersuchung des Vorfalls zurück oder

verweisen auf Kollegen in anderen Abteilungen. Die von einem koreanischen Investor betriebene Fabrik weist bislang jede Schuld von sich. Bei der Verarbeitung von getrockneter Kassaava zu Biotreibstoff fallen keine giftigen Abwässer an, heißt es von Seiten der MH Bio-Energy-Group. Dennoch hat die Firma bereits 700.000 US-Dollar an 53 betroffene Familien in der Region bezahlt. Das bestätigte der Verwaltungsdirektor der Firma, Sar Poev. Die Behörden hatten Ende August 2009 eine Schließung der Fabrik angeordnet, nachdem dort übelriechende Flüssigkeiten und Gase gefunden worden waren. Nach Reparaturarbeiten an den Abwasseranlagen hat die Fabrik im September die Produktion wieder aufgenommen.

vgl. : Phnom Penh Post, 15.10.2009

nachrichten